

## **Materialien zum Pressegespräch vom 17. Juni 2009**

### **„Nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern: Was hilft gegen extrem rechte Mandatsträger/innen in kommunalen Gremien?“**

Gliederung:

- 1. Extreme Rechte bei den Kommunalwahlen vom 07. Juni 2009**
- 2. Erfahrungen mit extremen Rechten in kommunalen Gremien – Auftreten, Ziele, Strategien**
- 3. Empfehlungen zum Umgang mit extrem rechten Mandatsträger/innen**
- 4. Statistische Materialien**
- 5. Literaturtipps**
- 6. Ansprechpartner/innen vor Ort: Die Mobilen Beratungsteams**

Bei Rückfragen stehen Ihnen Thomas Weber, stellvertretender Geschäftsführer von Miteinander e.V. sowie Mathias Wörsching, Projektleiter des Projekts „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“, gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Weber und Mathias Wörsching

Thomas Weber  
Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.  
Erich-Weinert-Straße 30 | 39104 Magdeburg  
Telefon 0391. 620 77-44 | Fax 0391. 620 77-40  
weber.gs@miteinander-ev.de  
www.miteinander-ev.de

Mathias Wörsching  
Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins -  
Dokumentation und Analyse  
Verein für Demokratische Kultur e.V.  
Chausseestr.29 | 10115 Berlin  
Telefon 030. 275 95 027 | Fax 030. 240 45 319  
doku-und-analyse@vdk-berlin.de  
www.vdk-berlin.de

## 1. Extreme Rechte bei den Kommunalwahlen vom 07. Juni 2009

*Moderate Erfolge für extrem rechte Parteien vor allem im Osten und auch stellenweise im Westen*

Die Kommunalwahlen in sieben Bundesländern am 07. Juni 2009 erhöhten die Anzahl der Mandate extrem rechter Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Deutschen Volksunion (DVU) oder der Republikaner (REP) in kommunalen Gremien deutlich – von bundesweit insgesamt mindestens 611 auf jetzt mindestens 660. Insbesondere der NPD gelang es in zahlreichen Orten, in die Stadt- und Gemeinderäte sowie in Kreistage einzuziehen. Allein in Sachsen konnte sie 73 Mandate erringen. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 26 Abgeordnete, die die extrem rechte Partei zukünftig in den Kreistagen vertreten. Insgesamt verfügt die NPD jetzt in 13 Bundesländern über 307 Sitze in kommunalen Vertretungen – 108 Sitze mehr als zuvor.

Obwohl extrem rechte Parteien vor allem im Osten der Bundesrepublik hinzugewannen, zeigt ihr Abschneiden in einer Anzahl von Kommunen im Saarland, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einmal mehr, dass Rechtsextremismus nicht ausschließlich ein Problem der östlichen Bundesländer darstellt.

*Ursachenanalyse der Wahlergebnisse – in Ansätzen erfolgreiche lokale und regionale Verankerung der NPD*

Den beträchtlichen Zugewinnen an kommunalpolitischen Mandaten für extrem rechte Parteien entsprechen weder durchgängig erhöhte Stimmenanteile noch erhöhte absolute Stimmzahlen. Obwohl in einer Anzahl von Orten die Stimmenanteile für extrem rechte Parteien in besorgniserregendem Ausmaß angestiegen sind, blieben sie in einer weit größeren Anzahl von Kommunen weit unter den Ergebnissen vorangegangener Wahlen. Somit verfehlten die extrem rechten Parteien ihre großspurig angekündigten Ziele und selbst gestellten Ansprüche.

Die extrem rechten Parteien profitierten u.a. vom Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde, einer niedrigen Wahlbeteiligung und von Wahlabsprachen, die konkurrierende Kandidaturen im extrem rechten Spektrum weithin unterbanden.

Generell scheint auf kommunaler Ebene inzwischen zu gelten: Überall dort, wo die NPD antritt, gelingt es ihr auch mit wenigstens einer/einem Abgeordneten in die Vertretungen einzuziehen. **Der dafür notwendige Grundsockel von Wähler/innenstimmen kann nicht mehr als reiner Ausdruck von Protestwahlverhalten verstanden werden, sondern zeigt die Verankerung von Elementen extrem rechter Ideologie in Teilen der Bevölkerung.** Dieses extrem rechts orientierte Stammwähler/innenpotenzial ist auch Ausdruck einer regional höchst unterschiedlich durchgesetzten Akzeptanz extrem rechter Ideologiefragmente, Lebenswelten und politischer Strukturen. Jedes Mandat für die extreme Rechte erhöht wiederum deren regionalen Wirkungsgrad und trägt zur weiteren Normalisierung menschenverachtender und demokratiefeindlicher Positionen bei. Jeder Wahlerfolg extrem rechter Parteien ist somit zugleich eine Niederlage für die Demokratie.

Darüber hinaus zeigen die Wahlergebnisse den teilweisen Erfolg einer auf Langfristigkeit ausgerichteten Verankerungs- und Strukturaufbaupolitik der extremen Rechten, vor allem der NPD, in einigen Regionen Deutschlands. Die besten Ergebnisse erzielten extrem Rechte dort, wo sie ohnehin stark verankert und im Alltag präsent sind, etwa in Kommunen, in denen sie bereits vor den Wahlen vom 7. Juni mit Abgeordneten vertreten waren.

## **2. Erfahrungen mit extremen Rechten in kommunalen Gremien – Auftreten, Ziele, Strategien**

### *Bedeutung der Kommunalpolitik für extrem rechte Parteien*

Die Präsenz in kommunalen Gremien hat für die extrem rechte NPD eine hohe Bedeutung: Kommunalpolitische Mandate gelten als Gradmesser und Hilfsmittel für eine lokale Verankerung sowie als Sprungbretter in die Landtage. In seiner Bewertung der Wahlen vom 07. Juni 2009 formulierte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt hoffnungsvoll: „Der von mir schon vor zehn Jahren geforderte kommunale Unterbau nimmt langsam Gestalt an und ermuntert uns nun größere Ziele anzustreben.“

### *Bundesweite Gemeinsamkeiten des extrem rechten Agierens*

Das Auftreten extrem Rechter in kommunalen Gremien und Landesparlamenten folgt bundesweit meist ähnlichen Strategien und Zielen. So versucht die NPD ihre Mandatsträger/innen mit Hilfe der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) zu koordinieren und zu professionalisieren.

**Trotz langsamer Fortschritte scheitern die hochgesteckten Erwartungen extrem rechter Akteure insgesamt sehr häufig** am eklatanten Mangel an fähigem und vorzeigbaren politischen Personal, an chronischer Ressourcenknappheit, innerer Zerstrittenheit und nicht zuletzt an den Anstrengungen demokratischer Kommunalpolitiker/innen, die vielerorts bewährte Wege des Umgangs mit extrem rechten Mandatsträger/innen entwickelt haben.

### *Kommunalpolitische Praxis extremer Rechter: zwischen Inaktivität und Inkompetenz einerseits sowie Fleißarbeit und Provokation andererseits*

Während einige Vertreter/innen der extremen Rechten in kommunalen Gremien vor allem durch Abwesenheit, Inaktivität oder Inkompetenz auffallen, erreichen extrem Rechte in immer mehr kommunalen Gremien mittlerweile ein bestimmtes Grundniveau von Arbeitsfähigkeit und Aktivität. **Sie benutzen die kommunalen Gremien als Bühnen ihrer Agitation, als Lehrwerkstätten und Experimentierfelder zur Heranbildung qualifizierten politischen Personals, als Möglichkeiten der Informationsgewinnung sowie als infrastrukturelle Ressource und Versorgungsanstalt.**

### *Extrem rechte Doppelstrategie: Provokation und Normalisierung*

Anträgen, Anfragen und Wortbeiträgen von extrem Rechten in kommunalen Gremien liegt oft **eine Doppelstrategie aus gezielten ideologischen Provokationen sowie der vordergründig ideologiefreien Inszenierung als „Anwalt der kleinen Leute“ zugrunde.** Ein von extrem Rechten in- und außerhalb der kommunalen Gremien ständig bemühtes

Argumentationsmuster besteht des weiteren darin, sich als einzig wahre Demokrat/innen und Opfer der etablierten Parteien zu inszenieren.

#### *Propagandistische Verwertung der Kommunalpolitik durch extrem rechte Parteien*

Die extrem rechten Parteien versuchen, aus ihrer Präsenz in kommunalen Gremien politisches Kapital zu schlagen, indem sie auf Internetseiten und in eigenen Publikationen von ihrer dortigen Arbeit berichten. **Nicht selten wird die eigene Anhängerschaft zu Sitzungen kommunaler Vertretungen mobilisiert, um sich vor dieser zu profilieren.**

#### *Unterschiedliche politische Maßstäbe bei Demokrat/innen und extrem Rechten*

Das Auftreten der extremen Rechten in der Kommunalpolitik kann nicht nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden wie das demokratischer Akteure. **Weit davon entfernt, ernsthaft zur Lösung politischer Sachfragen beitragen zu wollen, nutzen die extrem Rechten die demokratischen Spielräume aus, um die Demokratie langfristig zu unterhöhlen und letztlich durch ein völkisch-rassistisches, autoritäres Staatswesen zu ersetzen.**

### 3. Empfehlungen zum Umgang mit extrem rechten Mandatsträger/innen

Auf Grundlage der bisherigen Beobachtungen extrem rechter Mandatsträger/innen in kommunalen Gremien und der Erfahrungen von demokratischen Kommunalpolitiker/innen aus verschiedenen Bundesländern werden im Folgenden einige Empfehlungen für demokratische Parteien vorgestellt. Die beschriebenen Handlungsoptionen sollen dazu beitragen, einer Normalisierung rechtsextremer Positionen im Alltag entgegenzutreten, die Verbreitung rechtsextremer Ideologie zu begrenzen sowie Menschen zur Partizipation an demokratischen Aushandlungsprozessen und Wahlen zu gewinnen.

Es ist erforderlich, beim Umgang mit extrem rechten Parteien nicht nur die kommunalen Gremien in den Blick zu nehmen, sondern auch die öffentlichen Diskurse und die Situation im öffentlichen Raum sowie die Ausprägung der lokalen extrem rechten Szene und deren Interaktion mit der lokalen Bevölkerung. Daraus ergibt sich ein komplexes Handlungsfeld, das von den demokratischen Parteien immer wieder analysiert werden muss, um einen adäquaten Umgang mit dem Rechtsextremismus zu finden. Hierzu zählt nicht nur das Agieren in kommunalen Gremien, sondern auch das Bemühen um eine demokratische Lösung von Problemen innerhalb der Gesellschaft. Gleichzeitig gilt es, deutlich Stellung zu beziehen: z. B. in den eigenen Organisationen, in der kommunalen und medialen Öffentlichkeit, im bürgerschaftlichen Engagement oder in der Jugendarbeit. Grundsätzlich sollte das Wirken der demokratischen Parteien inner- und außerhalb kommunaler Gremien auf die Stärkung eines menschenrechtsorientierten und demokratischen Gemeinwesens abzielen.

Daher verstehen sich die folgenden Empfehlungen als Orientierungshilfe für eine umfassende Auseinandersetzung mit der extremen Rechten im kommunalpolitischen Alltag.

#### 1. Konsequente Abgrenzung von extrem Rechten

**Da extrem rechte Parteien eine antidemokratische und menschenverachtende Ideologie vertreten, verbietet sich jede Zusammenarbeit und auch jede gleichberechtigte, sachbezogene, von den ideologischen Positionen der extremen Rechten absehende Auseinandersetzung mit ihnen.** Ihre Anwesenheit und Arbeit im Parlament darf nicht zur Normalität werden. Nie sollte mit den Stimmen der extremen Rechten kalkuliert werden. Nach Möglichkeit ist zu verhindern, dass sie zum „Zünglein an der Waage“ werden. Im kommunalpolitischen Alltag werden jedoch knappe Mehrheitsverhältnisse nie ganz auszuschließen sein, ebenso wenig wie Situationen, in denen extrem rechte Mandatsträger/innen Anträgen oder sonstigen Initiativen demokratischer Parteien mehr oder weniger demonstrativ zustimmen.

#### 2. Aktive Auseinandersetzung mit Inhalten und Aktivitäten der extremen Rechten

Das Problem der extremen Rechten wird sich durch Totschweigen und Ignoranz nicht lösen lassen. Notwendig ist vielmehr eine inhaltliche, offensive Auseinandersetzung, in der die Demokrat/innen immer wieder den antidemokratischen, menschenverachtenden und rückwärtsgewandten Charakter der extrem rechten Ideologie demaskieren und der

Bevölkerung demonstrieren. **Gegen die Versuche, die kommunalen Gremien als Bühnen extrem rechter Propaganda zu instrumentalisieren, ist der Versuch zu setzen, sie stärker als bisher zu Bühnen demokratischer, an Menschenrechten orientierter Politik zu machen.** Um auf rechtsextreme Mandatsträger/innen adäquat reagieren zu können, bedarf es der Kenntnis über Programmatik, Zielsetzung und Aktivitäten ihrer Partei und ihres Umfelds. Also sollten sich die Demokrat/innen untereinander verständigen, ihr demokratisches Profil zu schärfen und die eigenen Kompetenzen stärken.

### *3. Gemeinsames Vorgehen der Demokrat/innen gegen extrem rechte Parteien*

**Wichtigste Erfolgsbedingung der Auseinandersetzung mit extrem Rechten in kommunalen Gremien ist der politische Konsens der Demokrat/innen über die prinzipielle Abgrenzung gegenüber den extremen Rechten,** das konsequente Eintreten für Demokratie und Menschenrechte und über eine konkrete Umgangsweise mit den extrem rechten Mandatsträger/innen und ihren kommunalpolitischen Initiativen (Anträge, Anfragen, Wortbeiträge). Die demokratischen Akteure der Kommunalpolitik können diesen Konsens durch eine gemeinsame Erklärung zu einem prominenten Anlass, etwa der konstituierenden Sitzung eines kommunalen Gremiums, in öffentlichkeitswirksamer Form bekunden. Ein solcher Konsens ist ein von den Differenzen zwischen den Parteien und gezielten extrem rechten Spaltungsversuchen stets bedrohtes Gebilde, dessen Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung viel Kraft verlangt. Wichtig sind gemeinsame Absprachen über den Umgang mit extremen Rechten sowohl bei den Plenarsitzungen als auch in der Ausschussarbeit. Im Vorfeld von Sitzungen können informelle Arbeitstreffen der demokratischen Parteien organisiert werden.

### *4. Demokratische Entgegnung extrem rechter Initiativen*

Extrem rechte Anträge, Anfragen und Wortbeiträge sollten in geeigneter, prägnanter Form dechiffriert, kritisiert und verurteilt werden. **Bewährt hat sich das Verfahren, immer nur jeweils eine/n Vertreter/in der Demokrat/innen auf die extrem Rechten antworten zu lassen.** Diese Aufgabe kann unter den demokratischen Parteien rotieren. So wird verhindert, dass die Auseinandersetzung mit extrem Rechten eine kommunale Vertretung dominiert. Das schließt aber nicht aus, an geeigneten Stellen eine ausführlichere Debatte zu führen.

### *5. Den extrem Rechten keine Bühne bieten*

Eine konsequente Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aktivitäten extrem rechter Parteien bedeutet nicht, eine Auseinandersetzung mit ihren Mandatsträger/innen zu führen. Die Möglichkeiten extrem Rechter in kommunalen Gremien sollten so weit wie möglich begrenzt werden.

### *6. Keine Absenkung demokratischer Standards*

Kleine Fraktionen, Einzelverordnete und Wähler/innenvereinigungen sollten in die Arbeit der größeren demokratischen Fraktionen eingebunden werden. Änderungen der Geschäftsordnung etwa – aus der Motivation heraus, die extrem rechten Verordneten in ihrem Handlungsspielraum einzuschränken – sollten nicht zu Lasten der demokratischen Mitbestimmung aller vorgenommen werden. **Die Demokratie lässt sich nicht gegen die extreme Rechte verteidigen, indem sie eingeschränkt wird.** Jede dieser Einschränkungen ist bereits ein Sieg für die extreme Rechte.

#### *7. Offensiver Umgang mit den Medien*

In der Öffentlichkeit sollten die demokratischen Parteien ihre Positionen gegenüber extrem rechten Parteien deutlich vermitteln. **Das eigene Handeln in kommunalen Gremien sollte transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar gestaltet werden.**

#### *8. Niemals einem Antrag der extremen Rechten zustimmen, auch wenn er noch so sachlich und ideologiefrei daherkommt*

**Jede Ablehnung eines solchen Antrags kann mit dem demokratiefeindlichen Charakter der Antragssteller/innen und ihrer Instrumentalisierung der Kommunalpolitik begründet werden.** Es empfiehlt sich, eine ausufernde Debatte zum Thema der Anträge und Anfragen zu vermeiden und gleichzeitig populistische Argumente der extremen Rechten zurückzuweisen.

#### *9. Instrumentarien der Geschäftsordnung und Sitzungsleitung konsequent nutzen*

**Um gezielte Störungen der Arbeit in kommunalen Gremien zu unterbinden, kommt es vor allem auf eine überlegte und konsequente Sitzungsleitung an,** die etwa auf die Einhaltung der Redezeit achtet, Beleidigungen und Drohungen mit Ordnungsrufen ahndet sowie ggf. den Ausschluss von Störer/innen von der Sitzung veranlasst.

Mitunter unterstützen extrem rechte Besucher/innen gezielt das Agieren extrem rechter Mandatsträger/innen oder schüchtern Demokrat/innen ein. Eine konsequente Sitzungsleitung sollte dies unterbinden und ggf. vom Hausrecht Gebrauch machen (Ausschluss von den Sitzungen, Hausverbote). Wenn nötig, kann dabei auch die Polizei zur Hilfe gerufen werden.

#### *10. Gesamtgesellschaftliche Dimension der Auseinandersetzung mit extrem Rechten in kommunalen Gremien*

Entscheidend für die gesamtgesellschaftliche Perspektive der Auseinandersetzung mit extrem rechten Parteien ist, inwieweit es demokratischer Kommunalpolitik gelingt, die Spielräume der extremen Rechten zu begrenzen und Demokratie und Menschenrechte in der Bevölkerung zu verankern. Nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen gelegen, kommt der Kommunalpolitik in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle zu. **Die demokratischen Parteien und Funktionsträger/innen können an sehr vielen Stellen auch des kommunalpolitischen Alltagsgeschäfts ihre Orientierung an Demokratie und Menschenrechten herausstellen** – etwa durch entsprechende Passagen in Anträgen und Beschlüssen – und so auch zum Beispiel demonstrative Zustimmung von extrem rechter

Seite erschweren. Die Handlungsmöglichkeiten demokratischer Kommunalpolitik sind ungeheuer vielfältig: Betroffene extrem rechter Bedrohungen und Angriffe sowie demokratische Akteure aus der Zivilgesellschaft schützen, stärken, anerkennen und fördern, Maßnahmen in der Jugendarbeit, im Sportbereich und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, um nur einige zu nennen.

**4. Statistische Materialien**

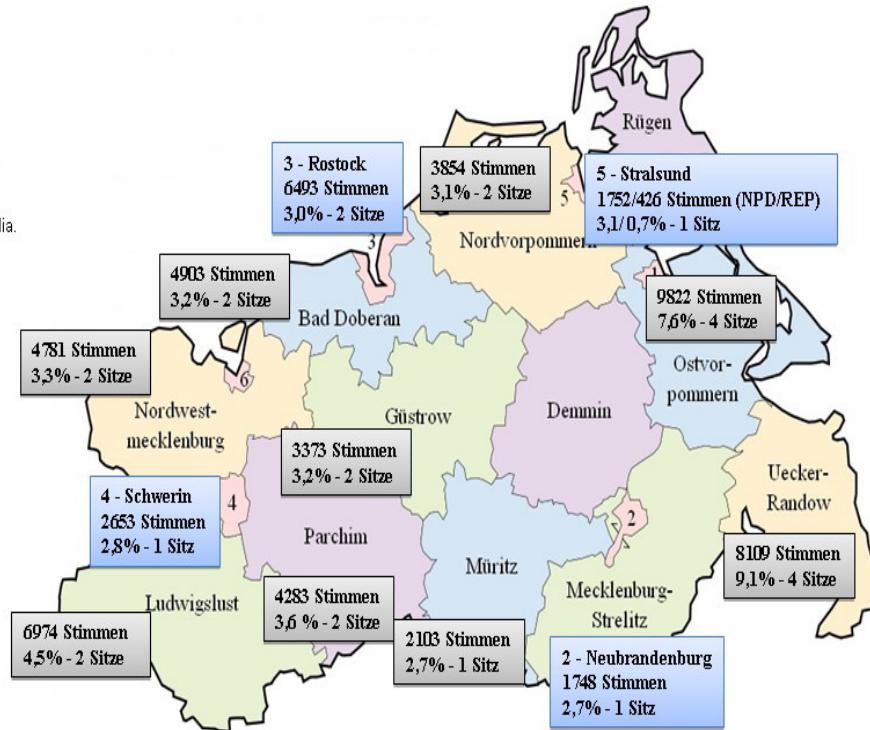
**a. Mecklenburg-Vorpommern**

**vdk** Rechtsextreme Mandate in Kreistagen und  
 Stadträten Mecklenburg-Vorpommern

Kreistag

Stadtrat

Karte: Wikimedia.



Kreisfreie Stadt/Kreistag <sup>1</sup>	Anzahl der Kandidat/innen	Wahlbeteiligung in Prozent	Gültige Stimmen	Davon für extrem rechte Parteien	In Prozent	Differenz zu 2004 in Prozent	Sitze
SR Neubrandenburg	1	39,1	22.256	1748	2,7	X <sup>2</sup>	1
SR Rostock	6	43,6	74.661	6493	3,0	X	2
SR Schwerin	3	40,9	32.532	2653	2,8	X	1
SR Stralsund	6	39,8	19.826	1752 (NPD) 426 (REP)	3,1 0,7	-0,8	1
LK Bad Doberan	7	52,9	53.271	4903	3,2	X	2
LK Güstrow	4	40,9	37.635	3373	3,2	X	2
LK Ludwigslust	12	51,4	54.698	6974	4,5	-0,9	2
LK Müritz	5	48,1	27.226	2103	2,7	+0,1	1
LK Nordvorpommern	2	47,6	44.608	3854	3,1	X	2
LK Nordwest-Mecklenburg	5	50,9	50.687	4781	3,3	X	2
LK Ostvorpommern	15	50,4	46.115	9882	7,6	+3,4	4
LK Parchim	6	49,8	41.873	4283	3,6	X	2
LK Uecker-Randow	11	50,2	31.964	8109	9,1	X	4
<b>Gesamt</b>	<b>83</b>	<b>46,6</b>	<b>1.890.237</b>	<b>60.908(NPD) 426 (REP)</b>	<b>3,2 (NPD)</b>	<b>+2,4</b>	<b>26</b>

<sup>1</sup> Die kreisfreien Städte und Kreistage Greifswald, Wismar, Mecklenburg-Strelitz, Demmin und Rügen, in denen die NPD nicht angetreten ist, finden hier keine Beachtung und sind lediglich in den Daten für Gesamt-Mecklenburg enthalten.

<sup>2</sup> Die Partei ist während der Kommunalwahlen 2004 nicht angetreten.

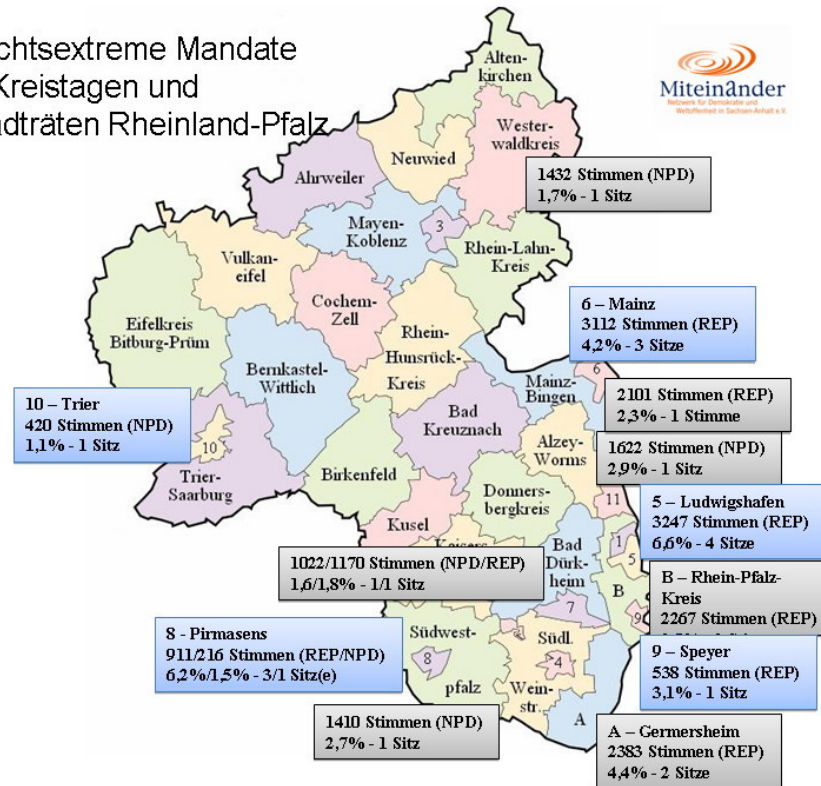
**b. Rheinland-Pfalz**

Rechtsextreme Mandate  
in Kreistagen und  
Stadträten Rheinland-Pfalz

Kreistag

Stadtrat

Karte: Wikimedia.



Kreistag/ Stadtrat (12 von 36)	Partei	Wahlbeteiligung in Prozent	Gültige Stimmen	Davon für extrem rechte Parteien	In Prozent	Differenz zu 2004 in Prozent	Sitze
SR Ludwigshafen	REP	44,7	49.604	3247	6,3	-2,5	4
SR Mainz	REP	50,6	73.499	3112	4,2	-3,1	3
SR Pirmasens	REP	44,8	14.619	911	6,2	-4	3
	NPD			216		X	1
SR Speyer	REP	47,4	17.477	538	3,1	-1,9	1
SR Trier	NPD	45,4	37.116	420	1,1	X	1
KT Alzey-Worms	NPD	59,3	55.826	1622	2,9	X	1
KT Bad Dürkheim	NPD	61,6	66.060	1022	3,4	X	1
	REP			1170		-2,5	1
KT Germersheim	REP	57,6	52.666	2383	4,5	-1,2	2
KT Mainz-Bingen	REP	60,1	92.053	2101	2,3	X	1
KT Rheinland-Pfalz-Kreis	REP	56,7	65.239	2267	3,5	-1,4	2
KT Südwestpfalz	NPD	67,1	51.895	1410	2,7	X	1
KT Westerwaldkreis	NPD	56,7	86.636	1432	1,7	X	1
<b>Gesamt</b>	<b>REP<sup>3</sup> NPD</b>	<b>55,2</b>	<b>1.683.910</b>	<b>15.611 6138</b>	<b>0,9 0,4</b>	<b>-0,4 +0,4</b>	<b>17 6</b>

<sup>3</sup> Insgesamt kandidierten auf den Listen der Republikaner 388 und auf den Listen der NPD 11 Personen.

<b>Verbandsgemeinderäte/ Stadt- und Gemeinderäte (5 von 199)</b>							
VGR Dahner-Felsenland	NPD			209	2,5	X	1
Schifferstadt	REP			330	4,5	-0,5	1
Bad Dürkheim	REP			262	3,3	-2,1	1
Germersheim	REP			380	6,6	-1,7	2
Altrip	DVU			91	2,7	+0,5	1

### c. Sachsen-Anhalt

Gemeinde / Stadtrat / Kreistag	Anzahl der Kandidat/ innen	Wahl- beteiligung	gültige Stimmen	davon für extrem rechte Parteien	In Prozent	Gewinne/ Verluste in Prozent	Sitze	Gewinne / Verluste Sitze
SR Magdeburg	11	38,3	199.736	4.020	2,0	+2,0	1	+1
SR Halle/Saale	5	37,5	213.267	4.348	2,0	+0,3	1	0
SR Tangerhütte	4	38,3	5366	290	5,4	+5,4	1	+1
SR Köthen	2	35,8	25.259	658	2,6	+2,6	1	+1
SR Bernburg	4	31,1	23.702	821	3,5	+3,5	1	+1
SR Hecklingen	4	30,5	6000	193	3,22	+3,22	1	+1
SR Aschersleben	2	38,1	27.682	593	2,1	+2,1	1	+1
SR Halberstadt	2	33,6	31.962	488	1,5	+0,2	1	0
SR Quedlinburg	2	35,7	19.448	522	2,7	-0,1	1	0
SR Wernigerode	2	40,2	34.935	962	2,7	+2,7	1	+1
SR Eisleben	4	34,4	21.258	729	3,4	+3,4	1	+1
SR Sangerhausen	1	40,0	30.795	1.013	3,3	+1,2	1	0
SR Weißenfels	5	32,3	23.471	622	2,6	+2,6	1	+1
SR Zeitz	9	33,7	26.072	775	3,0	+3,0	1	+1
SR Laucha a. d. Unstrut	5	47,9	3.952	534	13,51	+13,51	2	+2
VGR „An der Finne“	8	57,0	18.602	526	2,83	+2,83	1	+1
GR Finne	4	67,2	2.225	97	4,36	+4,36	1	+1
SR Bad Kösen	3	38,6	5.116	170	3,32	+3,32	1	+1
<b>Summe</b>	<b>77</b>						<b>19</b>	<b>+15</b>

#### d. Thüringen

Kreistag/ Stadtrat	Anzahl der Kandidat/ innen	Wahl- beteiligung	gültige Stimmen	Davon für extrem rechte Parteien	In Prozent	Gewinne / Verluste in Prozent	Sitze	Gewinne / Verluste Sitze
SR Erfurt	4	48,2	233.741	6.082	2,6	+2,6	1	+1
SR Gera	7	46,2	113.772	3.826	3,4	+3,4	2	+2
SR Weimar	5	54,2	81.238	2.488	3,1	+3,1	1	+1
SR Eisenach	6	50,3	52.179	2.636	5,1	+5,1	2	+2
LK Eichsfeld	8	59,7	147.709	4.932	3,3	+3,3	1	+1
LK Nordhausen	6	52,2	113.983	3.566	3,1	+3,1	1	+1
LK Wartburgkreis	7	55,3	176.611	8.420	4,8	+4,8	2	+2
LK Kyffhäuserkreis	4	52,6	105.975	4.106	3,9	+3,9	2	+2
LK Gotha	6	54,8	182.669	6.182	3,4	+3,4	2	+2
LK Sonneberg	9	50,6	76.578	3.168	4,1	+4,1	2	+2
LK Greiz	9	54,6	146.424	5.513	3,8	+3,8	2	+2
SR Nordhausen		48,6	50.989	1.598	3,1	+3,5	1	+1
SR Greiz		49,6	27.594	998	3,6	+3,6	1	+1
SR Lauscha	DVU	51,4	4.764	561	10,8	+10,8	2	+2
SR Sondershausen		51,8	30.347	1.034	3,4	+4,2	1	+1
<b>Summe</b>	<b>71</b>						<b>23</b>	<b>+23</b>

**e. Bundesweite Mandate in Kreistagen, Stadträten und weiteren innerstädtischen kommunalen Gremien**

Bundesland	Relevante Partei(en)	Anzahl der Kandidat/innen	Wahlbeteiligung (in Prozent)	gültige Stimmen	davon für rechts-extreme Parteien	in Prozent	Sitze	Gewinne/ Verluste (in Sitzen)
<b>Kommunalwahlen am 07. Juni 2009:</b>								
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	NPD	83	46,6	1.890.237	60.908	3,2	<b>26</b>	+ 16
<b>Sachsen-Anhalt<sup>4</sup></b>	NPD		36,5	k.A.	k.A.	5,26	<b>2</b>	+1
<b>Thüringen</b>	NPD	71	53,3	1.544.573	55.110	4,17	<b>23</b>	+ 23
<b>Saarland</b>	NPD	17	57,2	k.A.	k.A.	k.A.	<b>3</b>	+/- 0
<b>Rheinland-Pfalz</b>	REP NPD	388 11	55,0	1.683.910	15.611 6138	1,3 (0,9/ 0,4)	<b>23</b> (17/ 6)	- 7 (- 13/ + 6)
<b>Baden-Württemberg</b>	REP/ NPD	k.A.	51,4	3.119.795	k.A.	k.A.	k.A. (k.A./ 2 <sup>5</sup> )	(+ 2)

<sup>4</sup> Bei den aufgrund der Kreisgebietsreform vorgezogenen Kommunalwahlen am 22. April 2007 erzielte die NPD 12 Mandate in sieben Kreistagen. Die NPD verfügt somit über insgesamt 14 Mandate in Kreistagen und Stadträten (nicht mitgezählt sind weitere Mandate in Gemeinderäten).

<sup>5</sup> ein Mandat der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“

<b>Weitere Mandate in anderen Bundesländern:</b>		
<b>Bayern</b>	REP/ BIA <sup>6</sup>	<b>51</b> (48/ 3)
<b>Berlin</b>	NPD/ REP	<b>12</b> (11/ 1)
<b>Brandenburg</b>	NPD/ REP/ DVU/ Sonstige	<b>46</b> (25/ 1/ 19/ 1)
<b>Bremen</b>	REP/ BiW <sup>7</sup>	<b>3</b> (1/ 2)
<b>Hamburg</b>		<b>0</b>
<b>Hessen</b>	NPD/ REP/ Sonstige	<b>57</b> (12/ 41/ 4)
<b>Niedersachsen</b>	NPD/ REP/ DVU/ Sonstige	<b>16</b> (11/ 2/ 1/ 2)
<b>Nordrhein- Westfalen</b>	NPD/ REP/ DVU/ pro Köln/ Sonstige	<b>54</b> (13/ 22/ 4/ 5/ 10)
<b>Schleswig- Holstein</b>	NPD	<b>2</b>
<b>Sachsen</b>	NPD/ REP/ DSU/ Liste Nitzsche <sup>8</sup> / Sonstige	<b>101</b> (59/ 6/ 25/ 5/ 6)
<b>Gesamt Bundesweit</b>		<b>436<sup>9</sup></b>

<sup>6</sup> „Bürgerinitiative Ausländerstopp“

<sup>7</sup> „Bürger in Wut“

<sup>8</sup> „Bündnis Arbeit; Familie; Vaterland“

<sup>9</sup> Ohne Baden-Württemberg

## 5. Literaturtipps

**Begrich, Pascal; Weber, Thomas**, Zwei Jahre NPD-Vertreter/innen in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Ein Forschungsbericht, Magdeburg 2009.

**Bogitzky, Jenny; Buchstein, Hubertus; Heil, Torsten**, Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten. Anregungen für Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung im Kommunalwahlkampf, Greifswald 2009.

**Braune, Sven; Demuth, Christian; Hanisch, Norbert; Koch, Josephine; Schmidt, Barbara; Wendland, Alexander**, Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, in: Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Erschienen in der Reihe „Extremismus und Demokratie“. Band 17. Baden-Baden 2007. S. 175 – 207.

**Brodkorb, Mathias; Schlotmann, Volker**, Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008.

**CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.)**, Aktiv für Demokratie und Toleranz. Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremisten, Schwerin 2008.

**Hafenegger, Benno; Schönfelder, Sven**, Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin 2007.

**Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hrsg.)**, Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin 2009.

**Verein für demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. (Hrsg.)**, Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin 2008.

## **6. Ansprechpartner/innen vor Ort: Die Mobilen Beratungsteams**

Die in allen Neuen Bundesländern, Berlin und einigen Alten Bundesländern tätigen Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus sind für Mandatsträger/innen demokratischer Parteien kompetente und erfahrene Ansprechpartnerinnen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien. Sie informieren über die lokale rechtsextreme Szene, bieten Fortbildungen an und halten Informationsmaterial vor.

### **Berlin**

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)  
Chausseestraße 29 | 10115 Berlin

Telefon 030. 240 45 430 | Fax 030. 240 45 319  
info@mbr-berlin.de  
www.mbr-berlin.de

### **Brandenburg**

Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung - demos  
Benzstraße 11-12 | 14482 Potsdam

Telefon 0331. 740 62 46 | Fax 0331. 740 62 47  
wilking@BIG-demos.de  
www.gemeinwesenberatung-demos.de

### **Hessen**

Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus -  
für demokratische Kultur e.V.  
Oberzwehrener Straße 103 | 34132 Kassel

Telefon 0561. 861 67 66 | Fax 0561. 861 67 65  
politischebildung@gmx.de  
www.mbt-hessen.org

### **Mecklenburg-Vorpommern**

Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern  
Regionalbüro Rostock  
c/o Evangelische Akademie  
Am Ziegenmarkt 4 | 18055 Rostock

Telefon 0381. 252 24 40 | Fax 0381. 252 24 59  
mbt@ev-akademie-mv.de  
www.mbt-mv.de

## **Niedersachsen**

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt  
Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen OST gGmbH  
Bohlweg 55 | 38100 Braunschweig

Telefon 0531. 123 36 42 | Fax 0531. 123 36 55  
info@arug.de  
http://arug.de

## **Nordrhein-Westfalen**

Info und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus  
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln  
Michael Trube  
Appellhofplatz 23 - 25 | 50667 Köln

Telefon 02 21. 221 263 32 | Fax 02 21. 221 255 12  
ibs@stadt-koeln.de  
www.nsdok.de/ibs

MOBIM – Mobile beratung im RB Münster, Für Demokratie, Gegen Rechtsextremismus  
Geschichtsort Villa ten Hompel  
Kaiser-Wilhelm-Ring 28 | 48145 Münster

Telefon 0251. 492 71 09 | Fax 0251. 492 79 18  
kontakt@mobim.info  
www.mobim.info

## **Sachsen**

Kulturbüro Sachsen  
Bautzner Straße 45 | 01099 Dresden

Telefon 0351. 272 14 90 | Fax 0351. 563 40 898  
buero@kulturbuero-sachsen.de  
www.kulturbuero-sachsen.de

## **Sachsen-Anhalt**

Miteinander e.V.  
Erich-Weinert-Straße 30 | 39104 Magdeburg

Telefon 0391. 620 77 59 | Fax 0391. 620 77 40  
net.gs@miteinander-ev.de  
www.miteinander-ev.de

## **Thüringen**



verein für demokratische kultur in berlin –  
initiative für urbane demokratieentwicklung e. V.

Mobile Beratung in Thüringen  
Pfeiffersgasse 15 | 99084 Erfurt

Telefon 0361. 219 26 94 | Fax 0361. 219 27 34  
mail@mobit.org  
www.mobit.org